

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

II/1 — 31109 — 5562/66

Bonn, den 20. Juli 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom
11. Juni 1965 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Kolumbien
über die Förderung und den gegenseitigen
Schutz von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der deutsche und spanische Wortlaut des Vertrages und des Protokolls, ein zum Vertrag gehöriger Briefwechsel sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 297. Sitzung am 15. Juli 1966 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 11. Juni 1965
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bogotá am 11. Juni 1965 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem Protokoll, den zwei Briefwechselln vom gleichen Tage und einer deutschen Erklärung wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll, die Briefwechsel und die Erklärung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Absatz 2 sowie das Protokoll, die Briefwechsel und die deutsche Erklärung in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 8, die sich auf die Luft-

fahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Absatz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Tratado
entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia
sobre el fomento y la recíproca protección de inversiones de capital

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK KOLUMBIEN,

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein gegenseitiger Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei

LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

y

LA REPUBLICA DE COLOMBIA,

ANIMADAS del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados,

CON EL PROPOSITO de crear favorables condiciones para las inversiones de capital de nacionales o sociedades de un Estado en el territorio del otro Estado y

RECONOCIENDO que el fomento y la protección recíproca de esas inversiones de capital pueden estimular la iniciativa económica privada y aumentar el bienestar de los dos pueblos,

HAN ACORDADO LO SIGUIENTE:

Artículo 1

Cada Parte Contratante permitirá en su territorio, de acuerdo con sus disposiciones legales, las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, las promoverá si fuere posible y tratará justa y equitativamente en cada caso las inversiones de capital.

Artículo 2

1) Cada Parte Contratante no someterá en su territorio las inversiones de capital, que son propiedad o están bajo la influencia de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un tratamiento menos favorable que el que se concede a las inversiones de capital de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de capital de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2) Cada Parte Contratante no someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en cuanto a su actividad en conexión con las inversiones de capital a un tratamiento menos favorable que el que se concede a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

Artículo 3

1) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozan en el territorio de la otra Parte Contratante de plena protección y seguridad.

2) Las inversiones de capital de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán ser expropiadas en el territorio de la otra Parte Contratante más que por causas de utilidad pública y contra indemnización. La indemnización, que responderá al valor de las inversiones de capital expropiadas, deberá ser efectiva-

transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Kapitalanlagen den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer des Kapitals, der Erträge und, im Falle der Liquidation, des Liquidationserlöses.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfange wie ihr Rechtsvorgänger ausüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat.

mente realizable, libremente transferible y satisfecha sin demora. A más tardar en el momento de la expropiación deben haberse tomado debidamente medidas para fijar y satisfacer la indemnización. La legitimidad de la medida expropiatoria y la cuantía de la indemnización deberán poderse comprobar en un procedimiento jurídico ordinario.

3) Los nacionales o las sociedades de una de las Partes Contratantes que, por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia o motín, sufran en el territorio de la otra Parte Contratante pérdidas en las inversiones de capital situadas en él, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, pagos de compensación u otras indemnizaciones. Estos pagos serán libremente transferibles.

4) En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del tratamiento de la nación más favorecida.

Artículo 4

Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia del capital, de su producido y, en caso de liquidación, del producto de la liquidación.

Artículo 5

Si una de las Partes Contratantes realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión de capital en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta reconocerá, sin perjuicio de los derechos de la primera Parte Contratante resultantes del Artículo 11, la transferencia de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante por ministerio de la ley o por acción jurídica así como la sucesión de la primera Parte Contratante en todos los derechos (derechos transferidos), que ésta puede ejercer en la misma medida que su anterior titular. Para la transferencia de los pagos que deban realizarse a la Parte Contratante en virtud de los derechos transferidos, regirán mutatis mutandis el artículo 3, párrafos 2 y 3, y el artículo 4.

Artículo 6

1) Si los interesados no han concertado un arreglo distinto, admitido por los centros competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio está situada la inversión de capital, las transferencias en virtud del artículo 3, párrafos 2 o 3, del artículo 4 o del artículo 5 se efectuarán sin demora y a la cotización del día de la transferencia.

2) Dicha cotización se basará en el valor de paridad (par value) acordado por el Fondo Monetario Internacional y se moverá dentro del margen de oscilación de una y otra parte de la paridad (parity) admitido por el artículo IV apartado 3 del Convenio sobre el Fondo Monetario Internacional.

3) Si en el momento de la transferencia no existe para una Parte Contratante ninguna cotización de conversión al tenor del párrafo 2, se aplicará la cotización oficial que dicha Parte Contratante haya fijado para su moneda en relación con el dólar u otra moneda de libre conversión o con el oro.

(4) Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit, als sie günstiger ist, vor.

(2) Jede Vertragspartei wird die Verpflichtungen, die sie mit dem Investoren in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet eingegangen ist, erfüllen.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnkonzessionen.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Republik Kolumbien:
Kolumbianer im Sinne der politischen Verfassung der Republik Kolumbien.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Republik Kolumbien:
Jede juristische Person, Gesellschaft, Vereinigung, Körperschaft und Stiftung, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Kolumbien hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung

4) Si tampoco se hubiese fijado esta cotización, entonces los centros competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio está situado el capital admiten una cotización de conversión que sea justa y equitativa.

Artículo 7

1) Si de disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de obligaciones de derecho internacional, actualmente en vigor o futuras, que fuera del presente Tratado existan o llegaran a existir entre las Partes Contratantes, resulta una reglamentación general o especial en cuya virtud deberá concederse a las inversiones de capital de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un tratamiento más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto que es más favorable.

2) Cada Parte Contratante cumplirá los compromisos de cualquier índole que haya contraído en lo concerniente a las inversiones de capital de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 8

1) El concepto de "inversiones de capital" comprende toda clase de bienes, y en particular, aunque no exclusivamente:

- a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales como hipotecas, derechos de prenda o similares;
- b) participaciones en sociedades y otra clase de participaciones;
- c) créditos monetarios o de prestaciones que tengan un valor económico;
- d) derechos de autor, derechos de propiedad industrial, procedimientos técnicos, nombres comerciales y good-will;
- e) concesiones de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y beneficio.

Una modificación en la forma en que se inviertan los capitales, no afecta a su naturaleza como inversión de capital.

2) El "producido" es aquella cantidad que corresponde a una inversión de capital para un período determinado como participación en las utilidades o como interés.

3) "Nacionales" son:

- a) para la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
- b) para la República de Colombia:
los colombianos que señala la Constitución política de la República de Colombia.

4) El concepto de "sociedades" designa

- a) para la República Federal de Alemania:
todas las personas jurídicas, sociedades comerciales y demás sociedades y asociaciones, con o sin personalidad jurídica, que tengan su sede en el territorio de la República Federal de Alemania y existan en derecho con arreglo a las leyes, independientemente de que la responsabilidad de sus socios o miembros sea limitada o ilimitada y que su actividad tenga o no fines lucrativos;
- b) para la República de Colombia:
todas las personas jurídicas, sean sociedades, asociaciones o corporaciones y fundaciones, que tengan su sede en el territorio de la República de Colombia y existan en derecho con arreglo a las leyes, in-

ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus dem Londoner Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden bleiben unberührt.

Artikel 10

Jede Vertragspartei gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemei-

dependientemente de que la responsabilidad de sus socios o miembros sea limitada o ilimitada y de que su actividad tenga o no fines lucrativos.

Artículo 9

Están sometidas al presente Tratado también las inversiones de capital efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante de acuerdo con las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de ésta. No serán afectadas las obligaciones de la República Federal de Alemania derivadas del Acuerdo de Londres del 27 de febrero de 1.953 sobre las Deudas alemanas en el extranjero.

Artículo 10

Cada una de las Partes Contratantes concederá el tratamiento nacional, en los términos del presente Tratado, sobre la base del hecho de que el tratamiento nacional es concedido en las mismas materias también por la otra Parte Contratante.

Artículo 11

1) Los litigios sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado se resolverán dentro de lo posible por los Gobiernos de las dos Partes Contratantes.

2) Si no puede resolverse un litigio de este modo, se someterá éste a un tribunal de arbitraje a petición de una de las dos Partes Contratantes.

3) El tribunal de arbitraje se constituirá para cada caso de forma que cada una de las Partes Contratantes nombre un árbitro; estos dos árbitros designarán de común acuerdo un presidente que será ciudadano de un tercer Estado y será nombrado por los Gobiernos de las dos Partes Contratantes. Los árbitros se nombrarán dentro de los dos meses y el presidente dentro de los tres meses después de que una de las Partes Contratantes comunicó a la otra que quiere someter el litigio a un tribunal de arbitraje.

4) Si no se cumplieren los plazos señalados en el párrafo 3, a falta de otro acuerdo, cada una de las Partes Contratantes puede rogar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que proceda a los nombramientos necesarios. Si el Presidente de la Corte Internacional de Justicia fuere ciudadano de una de las dos Partes Contratantes o estuviese impedido por otras causas, los nombramientos serán hechos por el Vicepresidente. Si también el Vicepresidente fuere ciudadano de una de las dos Partes Contratantes o estuviese impedido por otras causas, los nombramientos serán hechos por el miembro de más categoría de la Corte Internacional de Justicia que no sea ciudadano de una de las dos Partes Contratantes.

5) El tribunal de arbitraje decide por mayoría de votos. Sus decisiones son obligatorias. Cada una de las Partes Contratantes sufraga los gastos de su miembro, así como los de su representación en el procedimiento ante el tribunal de arbitraje; los gastos del presidente y las demás costas son sufragados a partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal de arbitraje puede adoptar otra reglamentación de las costas. Por lo demás el tribunal de arbitraje regula por sí mismo su procedimiento.

Artículo 12

Las disposiciones del presente Tratado seguirán en vigor incluso en caso de conflicto entre las Partes Contratantes, sin perjuicio del derecho a tomar medidas transitorias, lícitas según las normas generales del de-

nen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 8, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kolumbien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrages vorgenommen worden sind, unterliegen nach seiner Beendigung weiterhin den Bestimmungen der Artikel 1 bis 13.

recho internacional. Las medidas de este género se derogarán a más tardar en el momento en que termine el conflicto, independientemente de que se hayan restablecido o no las relaciones diplomáticas.

Artículo 13

El presente Tratado se aplicará también al "Land" Berlin —con excepción de las disposiciones de la cifra 8 del Protocolo referentes a la navegación aérea— en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República de Colombia dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Tratado.

Artículo 14

1) El presente Tratado será ratificado y el canje de los instrumentos de ratificación tendrá lugar lo antes posible en Bonn.

2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después del canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará por tiempo indefinido a menos que sea denunciado por escrito por una de las dos Partes Contratantes un año antes de su expiración. Transcurridos diez años podrá denunciarse el Tratado en cualquier momento, pero seguirá en vigor todavía un año después de efectuada la denuncia.

3) Después de la terminación del presente Tratado las inversiones de capital que se hayan realizado hasta el momento de su expiración seguirán amparadas por las disposiciones de los artículos 1 a 13.

GESCHEHEN zu Bogotá am 11. Juni 1965 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

HECHO en Bogotá, el once de junio de mil novecientos sesenta y cinco, en cuatro ejemplares, dos en alemán y dos en castellano, siendo cada texto igualmente válido.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
Ernst Ostermann von Roth
Dr. Bruno Töpfer

Por el
Gobierno de la República de Colombia:
Dr. Fernando Gómez Martínez

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Zu Artikel 1

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrages.

(2) Zu Artikel 2

- a) Als Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: Die diskriminierende Behandlung beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.
- b) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

(4) Zu Artikel 4

Als „Liquidation“ im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

(5) Zu Artikel 6

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung des entsprechenden Ersuchens; die Vertragsparteien werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit diese Frist sechs Monate nicht überschreitet.
- b) Es besteht Einverständnis, daß die Regelung über den „Kurs“ in Artikel 6 Absatz 2 und 3 nur Anwendung findet, wenn ein einziger Kurs besteht.
- c) Sofern infolge des kolumbianischen Devisensystems die Einbringung einer Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages zu einem vom offiziellen Kurs für laufende Geschäfte abweichenden Kurs erfolgt ist, findet für den Transfer gemäß Artikel 3, Ziffer 2 oder 3, nach Artikel 4 oder Artikel 5, vorausgesetzt, daß am Tage des Transfers ein einziger Kurs nicht besteht, ein Kurs

Protocolo

En el acto de la firma del Tratado sobre fomento y recíproca protección de inversiones de capital entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia los infrascritos plenipotenciarios han acordado además las siguientes disposiciones que deben considerarse como parte integrante del Tratado:

1) ad artículo 1

Inversiones de capital que, de acuerdo con las disposiciones legales de una Parte Contratante hayan realizado en su territorio nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, gozarán de la plena protección de este Tratado.

2) ad artículo 2

- a) Como actividad en el sentido del artículo 2 párrafo 2 se considera especialmente, pero no exclusivamente, la administración, el empleo, uso y aprovechamiento de una inversión de capital. Se considerará especialmente como trato menos favorable en el sentido del artículo 2 párrafo 2: el tratamiento discriminatorio en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles así como medios de producción y de explotación de todas clases, la obstaculización de la venta de productos en el interior y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. Las medidas que haya que adoptar por razones de seguridad y orden públicos, de sanidad pública o de moralidad, no se considerarán como trato menos favorable en el sentido del artículo 2.
- b) El artículo 2 párrafo 2 no tiene aplicación a la entrada, permanencia y ocupación como trabajador.

3) ad artículo 3

Las disposiciones del artículo 3 párrafo 2 se aplican también a la transferencia de una inversión de capital a propiedad pública, su sometimiento a control público o análogas ingerencias del sector público. Bajo el concepto de expropiación se comprende la privación o limitación de todo derecho sobre un bien que por sí solo o con otros derechos constituye una inversión de capital.

4) ad artículo 4

Como „liquidación“ en el sentido del artículo 4 se considera también una enajenación que se hace con objeto de abandonar total o parcialmente la inversión de capital.

5) ad artículo 6

- a) Se considera como realizada „sin demora“ en el sentido del artículo 6 párrafo 1 una transferencia efectuada dentro de un plazo normalmente necesario para observar las formalidades de la transferencia. El plazo empieza en el momento de entregar la correspondiente solicitud y las Partes Contratantes tomarán todas las medidas necesarias a fin de que este plazo no exceda de 6 meses.
- b) Queda entendido que la regla relativa al cambio, contenida en el artículo 6, párrafos 2 y 3, regirá exclusivamente si existiere un solo cambio.
- c) Cuando por el sistema colombiano de divisas, se haya efectuado la entrada de una inversión de capital en el sentido del presente Tratado a un cambio divergente del cambio oficial para operaciones corrientes, se aplicará a la transferencia según el artículo 3, párrafo 2 o 3, el artículo 4 o el artículo 5, un cambio no menos favorable que el que sería aplicable

Anwendung, der nicht ungünstiger ist als der Kurs, der am Tage des Transfers für die Einbringung einer gleichartigen Kapitalanlage Anwendung finden würde.

(6) Zu Artikel 8

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(7) Zu Artikel 11

In bezug auf die Ansprüche eines Investors aus diesem Vertrag kann das Schiedsgericht entsprechend dem allgemeinen Grundsatz des Völkerrechts erst angerufen werden, wenn auf der Grundlage der Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern die innerstaatlichen Rechtsmittel erschöpft sind, wobei die Rechtsverweigerung der Erschöpfung der Rechtsmittel gleichsteht.

(8) Die Vertragsparteien garantieren die freie Wahl der Transportmittel für den Fracht- und Personenverkehr im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages.

GESCHEHEN zu Bogotá am 11. Juni 1965 in 4 Urschriften, zwei in deutscher, zwei in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
Ernst Ostermann von Roth
Dr. Bruno Töpfer

en el día de la transferencia a la entrada de una inversión de capital análoga, siempre que en el día de la transferencia no exista un cambio único.

6) ad artículo 8

- a) El producido de una inversión de capital y, en caso de su reinversión, el producido de ésta, gozarán de la misma protección que la inversión de capital.
- b) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará especialmente como nacional de una de las Partes Contratantes toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por la autoridad competente de la Parte Contratante en cuestión.

7) ad artículo 11

En relación con los reclamos de un inversionista, derivados de este Tratado, y de acuerdo con el principio general del derecho internacional, sólo podrá recurrirse al tribunal de arbitraje cuando, teniendo en cuenta el principio de la igualdad jurídica de nacionales y extranjeros, se hayan agotado los recursos jurídicos nacionales, equivaliendo en este caso la denegación de justicia al agotamiento de dichos recursos.

8) Las Partes Contratantes garantizarán la libre elección de los medios de transporte para bienes y personas vinculadas al desarrollo del presente Tratado.

HECHO en Bogotá, el once de junio de mil novecientos sesenta y cinco, en cuatro ejemplares, dos en alemán y dos en castellano, siendo cada texto igualmente válido.

Por el
Gobierno de la República de Colombia:
Dr. Fernando Gómez Martínez

Briefwechsel

I.

Bogotá, den 11. Juni 1965

Bogotá, 11 de junio de 1965

Herr Vorsitzender,

In der Absicht, die Vornahme und die Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Kolumbien deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Kolumbien einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Ich benutze die Gelegenheit, Sie erneut meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Dr. Fernando Gómez Martínez

An den Vorsitzenden
der deutschen Delegation
Herrn Dr. Bruno Toepfer
Bogotá

Señor Presidente:

Con el propósito de facilitar y fomentar la realización y el desarrollo de inversiones de capital de nacionales o sociedades alemanas, la República de Colombia concederá a los nacionales alemanes que, en relación con las inversiones de capital de nacionales y sociedades alemanas quieran entrar en la República de Colombia, permanecer en ella y ejercer una profesión como trabajadores, los permisos necesarios siempre que no se opusieren razones de orden y seguridad públicos, de sanidad pública y de moralidad.

Aprovecho la oportunidad para reiterarle los sentimientos de mi más alta y distinguida consideración.

Dr. Fernando Gómez Martínez

A Su Excelencia
el señor doctor Bruno Toepfer,
Jefe de la Misión Económica
de la República Federal de Alemania
La Ciudad

Bogotá, den 11. Juni 1965

Bogotá, el 11 de junio de 1965

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschafter zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Kolumbien deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Kolumbien einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.“

Ich benutze die Gelegenheit, Sie erneut meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Bruno Toepfer

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Herrn Dr. Fernando Gómez Martínez
Bogotá

Señor Ministro:

Tengo el honor de acusar recibo de su carta de hoy cuyo texto es el siguiente:

“Con el propósito de facilitar y fomentar la realización y el desarrollo de inversiones de capital de nacionales o sociedades alemanas, la República de Colombia concederá a los nacionales alemanes que, en relación con las inversiones de capital de nacionales y sociedades alemanas quieran entrar en la República de Colombia, permanecer en ella y ejercer una profesión como trabajadores, los permisos necesarios siempre que no se opusieren razones de orden y seguridad públicos, de sanidad pública y de moralidad.“

Aprovecho la oportunidad para reiterarle los sentimientos de mi más alta y distinguida consideración.“

Reciba, señor Ministro, el testimonio de mi más alta consideración.

Dr. Bruno Toepfer

Al Excelentísimo
señor doctor Fernando Gómez Martínez
Ministro de Relaciones Exteriores
La Ciudad

II.

Bogotá, den 11. Juni 1965

Herr Minister,

Im Verlaufe unserer Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen hat die kolumbianische Delegation darauf hingewiesen, daß Artikel 30 Absatz 4 der kolumbianischen Verfassung die Möglichkeit vorsieht, in besonderen Fällen aus Gründen der Billigkeit Enteignungen ohne Entschädigung durch Gesetz zu beschließen. Die kolumbianische Delegation hat jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Ausnahmeregelung praktisch nur in Betracht kommen kann bei Enteignungen von Grundstücksteilen zur Durchführung öffentlicher Arbeiten, die zur Wertsteigerung des verbleibenden Eigentums führen. Die deutsche Delegation hat hierzu bemerkt, daß Artikel 3 Absatz 2 des Vertrages in diesem Fall die Möglichkeit nicht ausschließt, bei der Enteignungsentchädigung einen nach geltendem Recht zulässigen Ausgleich mit Rücksicht auf die gewährten Vorteile vorzunehmen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Bruno Toepfer

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Herrn Dr. Fernando Gómez Martínez
Bogotá

Bogotá, den 11. Juni 1965

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Verlaufe unserer Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen hat die kolumbianische Delegation darauf hingewiesen, daß Artikel 30 Absatz 4 der kolumbianischen Verfassung die Möglichkeit vorsieht, in besonderen Fällen aus Gründen der Billigkeit Enteignungen ohne Entschädigung durch Gesetz zu beschließen. Die kolumbianische Delegation hat jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Ausnahmeregelung praktisch nur in Betracht kommen kann bei Enteignungen von Grundstücksteilen zur Durchführung öffentlicher Arbeiten, die zur Wertsteigerung des verbleibenden Eigentums führen. Die deutsche Delegation hat hierzu bemerkt, daß Artikel 3 Absatz 2 des Vertrages in diesem Fall die Möglichkeit nicht ausschließt, bei der Enteignungsentchädigung einen nach geltendem Recht zulässigen Ausgleich mit Rücksicht auf die gewährten Vorteile vorzunehmen.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.“

Ich benutze die Gelegenheit, Sie erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Dr. Fernando Gómez Martínez

An den Vorsitzenden
der deutschen Delegation
Herrn Dr. Bruno Toepfer
Bogotá

Bogotá, el 11 de junio de 1965

Señor Ministro:

En el curso de nuestras negociaciones sobre la concertación de un Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia para el fomento y la recíproca protección de inversiones de capital, la Delegación colombiana ha manifestado que el artículo 30, párrafo 4 de la Constitución colombiana prevé la posibilidad de que por razones de equidad, en casos especiales se podrá decretar por ley expropiación sin indemnización. La Delegación colombiana llamó, sin embargo, la atención al hecho de que una tal excepción prácticamente sólo podrá entrar en consideración en la expropiación de parte de un terreno para la ejecución de obras públicas que implican una valorización de la propiedad restante. A lo cual la Delegación alemana observó que el párrafo 2 del artículo 3 del Tratado en este caso no excluye la posibilidad de que en relación con la indemnización a la expropiación, y en consideración a las ventajas concedidas, se efectúe una compensación admisible por la legislación vigente.

Reciba, señor Ministro, el testimonio de mi más alta consideración.

Dr. Bruno Toepfer

Al Excelentísimo
señor doctor Fernando Gómez Martínez
Ministro de Relaciones Exteriores
La Ciudad

Bogotá, 11 de junio de 1965

Señor Presidente:

Tengo el honor de avisar a usted recibo de su atenta comunicación fechada hoy, cuyo texto es el siguiente:

“En el curso de nuestras negociaciones sobre la concertación de un Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia para el fomento y la recíproca protección de inversiones de capital, la Delegación colombiana ha manifestado que el artículo 30, párrafo 4 de la Constitución colombiana prevé la posibilidad de que por razones de equidad, en casos especiales se podrá decretar por ley expropiación sin indemnización. La Delegación colombiana llamó, sin embargo, la atención al hecho de que una tal excepción prácticamente sólo podrá entrar en consideración en la expropiación de parte de un terreno para la ejecución de obras públicas que implican una valorización de la propiedad restante. A lo cual la Delegación alemana observó que el párrafo 2 del artículo 3 del Tratado en este caso no excluye la posibilidad de que en relación con la indemnización a la expropiación, y en consideración a las ventajas concedidas, se efectúe una compensación admisible por la legislación vigente.“

Acepte, señor Ministro, la expresión de mi más alta y distinguida consideración.“

Aprovecho la oportunidad para reiterarle los sentimientos de mi más alta y distinguida consideración.

Dr. Fernando Gómez Martínez

A Su Excelencia
el señor doctor Bruno Toepfer,
Jefe de la Misión Económica
de la República Federal de Alemania
La Ciudad

III.

Bogotá, den 11. Juni 1965

Bogotá, el 11 de junio de 1965

Herr Minister,

Im Verlaufe unserer Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen hat die deutsche Delegation dargelegt, daß nach den geltenden Vorschriften die Regierung der Bundesrepublik Deutschland für private Kapitalanlagen im Ausland Garantien zur Absicherung des nichtwirtschaftlichen Risikos übernimmt, wobei es unter anderem von Bedeutung ist, ob die Kapitalanlage förderungswürdig ist. Um dies festzustellen, findet ein Prüfungsverfahren vor einem Garantie-Ausschuß statt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, im Rahmen dieses Prüfungsverfahrens die Auffassung der zuständigen Stellen der kolumbianischen Regierung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der geplanten Kapitalanlage zu berücksichtigen..

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Bruno Toepfer

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Herrn Dr. Fernando Gómez Martínez
Bogotá

Señor Ministro:

En el curso de nuestras negociaciones para la concertación de un Tratado entre la República Federal de Alemania y la República de Colombia sobre el fomento y la recíproca protección de inversiones de capital, la Delegación alemana ha explicado que, según las disposiciones vigentes, el Gobierno de la República Federal de Alemania asume garantías para inversiones de capital privado en el extranjero con la finalidad de asegurar el riesgo no-económico, en relación de lo cual, entre otros factores es de importancia si la inversión de capital merece ser fomentada. Para comprobar esto se realiza un procedimiento de estudio ante una comisión de garantías. El Gobierno de la República Federal de Alemania está dispuesto a tener en cuenta en este procedimiento de estudio el concepto de las autoridades competentes del Gobierno colombiano referente a la conveniencia de la inversión de capital proyectada.

Reciba, señor Ministro, el testimonio de mi más alta consideración.

Dr. Bruno Toepfer

Al Excelentísimo
señor doctor Fernando Gómez Martínez
Ministro de Relaciones Exteriores
La Ciudad

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt sie Kredite, Garantien und Steuervergünstigungen. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitalexports und sonstigen wirtschaftspolitischen Interessen.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrages.

Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach können zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu Lasten des Bundes in der Regel dann übernommen werden, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit lehnt sich der deutsch-kolumbianische Vertrag vom 11. Juni 1965 ebenso wie die mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art inhaltlich an die von der Bundesrepublik abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffsverträge an, soweit sie sich mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiete und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt der Vertrag sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage im Ausland von Bedeutung sind.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 14 Artikel; ihm sind ein Protokoll, zwei Briefwechsel und eine deutsche Erklärung beigefügt.

Zu Artikel 1

In Artikel 1 ist der Grundsatz festgelegt, daß Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandelt werden. Jede Vertragspartei wird Kapitalanlagen nach Möglichkeit fördern und in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Gemäß Nummer 1 des Protokolls genießen Kapitalanlagen, die im Anwendungsbereich der Rechtsordnung einer Vertragspartei vorgenommen worden sind, den vollen Schutz des Vertrages.

Zu Artikel 2

Artikel 2 verbietet eine diskriminierende Behandlung von Kapitalanlagen und von Staatsangehörigen oder Gesellschaften hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen.

Zur Auslegung des Artikels 2 gibt Nummer 2 Buchstabe a des Protokolls Beispiele diskriminierender Maßnahmen. Gemäß Nummer 2 Buchstabe b des Protokolls finden die Bestimmungen des Artikels 2 auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung. In dem Briefwechsel Nummer 1 verpflichtet sich Kolumbien jedoch, im Interesse der Erleichterung und Förderung deutscher Kapitalanlagen deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Zu Artikel 3

Nach diesem Artikel genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sind nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein und unverzüglich geleistet werden muß, zulässig. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Nummer 3 des Protokolls auch die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht und ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Im Verlaufe der Verhandlungen hat die kolumbianische Delegation in einem Briefwechsel darauf hingewiesen, daß Artikel 30 Absatz 4 der kolumbianischen Verfassung die Möglichkeit vorsieht, in besonderen Fällen aus Gründen der Billigkeit Enteignungen ohne Entschädigung durch Gesetz zu beschließen. Eine solche Ausnahmeregelung könne praktisch nur in Betracht kommen bei Enteignungen von Grundstücksteilen zur Durchführung öffentlicher Arbeiten, die zur Wertsteigerung des verbleibenden Eigentums führen. Die deutsche Delegation hat hierzu bemerkt, daß Artikel 3 Absatz 2 des Vertrages in diesem Fall die Möglichkeit nicht ausschließt, bei der Enteignungsentschädigung einen nach geltendem Recht zulässigen Ausgleich mit Rücksicht auf die gewährten Vorteile vorzunehmen.

Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg oder sonstigen bewaffneten Auseinandersetzungen, Revo-

lution, Staatsnotstand oder Aufruhr Schaden erleiden, werden die Geschädigten hinsichtlich aller Entschädigungen nicht weniger günstig behandelt als die eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

Absatz 4 des Artikels 3 enthält eine alle Bestimmungen dieses Artikels umfassende Meistbegünstigungsklausel.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den freien Transfer des Kapitals, seiner Erträge und im Falle der Liquidation des Liquidationserlöses. Als Liquidation im Sinne des Artikels 4 gilt nach Nummer 4 des Protokolls auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Artikels 5 trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in Kolumbien vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.

Gemäß einer zum Vertrag gehörenden Erklärung ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereit, im Falle eines Garantieantrages zur Absicherung des nichtwirtschaftlichen Risikos im Rahmen des Prüfungsverfahrens vor dem Garantie-Ausschuß die Auffassung der kolumbianischen Regierung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der geplanten Kapitalanlage zu berücksichtigen. Es ist jedoch kein förmliches Konsultationsverfahren vereinbart worden.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages zu dem Kurs zu erfolgen haben, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

In Nummer 5 Buchstabe a des Protokolls ist die Frist festgesetzt, innerhalb der Transferanträge bearbeitet werden müssen. Die Kursregelung in Artikel 6 Absatz 2 und 3 wird laut Nummer 5 Buchstabe b des Protokolls nur angewandt, wenn ein einziger Kurs besteht. Erfolgt die Einbringung einer Kapitalanlage infolge des kolumbianischen Devisensystems zu einem vom offiziellen Kurs für laufende Geschäfte abweichenden Kurs und besteht am Tage des Transfers kein einziger Kurs, dann wird gemäß Nummer 5 Buchstabe c des Protokolls ein Kurs angewandt, der

nicht ungünstiger ist als der, der am Tage des Transfers für die Einbringung einer gleichartigen Kapitalanlage Anwendung finden würde.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlagen als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist Satz 2, nach dem jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen des Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtung dar.

Zu Artikel 8

In Artikel 8 werden die im Vertrag verwendeten Bezeichnungen „Kapitalanlagen“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“ definiert.

Nummer 6 Buchstabe a des Protokolls stellt klar, daß Erträge aus den Kapitalanlagen und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlagen genießen.

Nummer 6 Buchstabe b des Protokolls stellt eine Vermutung für den Besitz der Staatsangehörigkeit auf.

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 gelten die Bestimmungen des Vertrages auch für Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei schon vor dem Inkrafttreten des Vertrages vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Artikel 10 verhindert, daß Drittstaaten, denen in anderen Verträgen eine allgemeine Meistbegünstigungsklausel eingeräumt worden ist, auf Grund des vorliegenden Vertrages die Inländerbehandlung für sich in Anspruch nehmen können, obwohl sie selbst nicht zur Einräumung der Inländerbehandlung bereit sind.

Zu Artikel 11

Falls Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Vertrages nicht durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können, ist jede Vertragspartei berechtigt, ein zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Bildung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts und gibt diesem Gericht das Recht, sein Verfahren selbst zu bestimmen.

Gemäß Nummer 7 des Protokolls kann die Anrufung des Schiedsgerichts entsprechend dem allgemeinen Grundsatz des Völkerrechts erst erfolgen, wenn auf der Grundlage der Gleichbehandlung von Inländern

und Ausländern die innerstaatlichen Rechtsmittel erschöpft sind, wobei die Rechtsverweigerung der Erschöpfung der Rechtsmittel gleichsteht.

Zu Artikel 12

Die Vertragsparteien vereinbaren, den Schutz von Kapitalanlagen auch für den Fall von Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Zulässig bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts gestattet sind.

Zu Artikel 13

Der Artikel enthält die übliche Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel 14

Artikel 14 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt zehn Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten

des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen weiterhin den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt in acht Nummern Erläuterungen und bindende Auslegungsvorschriften zu dem Vertrage. Abgesehen von den unter den Artikeln 1 bis 4, 6, 8 und 11 bereits erwähnten Bestimmungen enthält es in Nummer 8 eine Bestimmung, nach welcher die Vertragsparteien die freie Wahl der Transportmittel für den Fracht- und Personenverkehr im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages garantieren.

Zu den Briefwechseln

Zum Vertrag gehören zwei Briefwechsel, die unter Artikel 2 und 3, und eine deutsche Erklärung, die unter Artikel 5 erläutert worden sind.